

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

68 (13.6.1923)

Ersteinst
Montag, Mittwoch und
Freitag.

Bezugspreis:
Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger u. unsere Ausreiter
ohne Bestellgeld
monatlich 2700.— Mk.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt be-
steht kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Geschäftszeit 7-5 Uhr, Sonntags
geschlossen.

Verantwortlicher, Dr. 11.

Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung



General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 42 mm breite
Millimeter-Zeile A.— Mk.
Reklamen: Die 87 mm breite
Millimeter-Zeile B.— Mk.
Anzeigen mit Bekanderte oder
Auskunft A.— Mark Sonderbe-
zugung. Alle Preise freibleibend.
Grundchrift im Anzeigen- und
Zertheil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifreter
Kontak, der bei Nichtzahlung inner-
halb 8 Tagen nach Rechnungs-
datum oder bei gerichtlicher Be-
treibung und bei Konkurs erlischt.
Platzvorstellungen werden nicht an-
erkannt und für Aufnahmen an
bestimmten Tagen sowie für tele-
phonische Aufträge keine Gewähr
übernommen.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen wollen
am Tage vorher aufgegeben werden

Nr. 68.

Mittwoch, den 13. Juni 1923.

84. Jahrgang

Um keinen Preis!

Die Rede des Reichskanzlers in Münster.

Es ist ein Pariser Blatt, das angesichts der deutschen Note und ihrer Aufnahme durch die Pariser Regierung von der Tollheit Poincares spricht, der die Nerven verloren habe. In der Tat, es macht schon einen pathologischen Eindruck, wie man in Paris gegen jeden Einwand nur mechanisch wie einen Schild der Brüsseler Beschlüsse vorhält. Und noch nervöser scheint Poincare geworden zu sein, seit aus London Andeutungen kommen, daß die dortige Regierung durchaus nicht gewillt sei, von diesen Brüsseler Beschlüssen einfach zu kapitulieren, daß sie die Herausforderung nicht hinnehmen werde. Der Minister-rat, der am heutigen Vormittag in London stattfindet, hat weltgeschichtliche Bedeutung. Wird er die französische Verblendung auf den Boden der Wirklichkeit zurückführen? Oder wird er der Tollheit Poincares doch den Lauf lassen? Bis dieses Blatt in die Hände des Lesers kommt, wird die Frage entschieden sein; wozu also weiter über Möglichkeiten sich den Kopf zerbrechen!

Als am Samstag aberd der Reichskanzler in Münster vor dem dort tagenden Reichsverband der deutschen Presse die angekündigte Rede hielt, die als Ergänzung der Denkschrift gedacht war, da kann ihm über die Entwicklung der Dinge in London kaum schon näheres bekannt gewesen sein. Um so erfreulicher ist, daß er sich durch die Einschüchterungspolitik Poincares nicht hindern ließ, das zu sagen, was so viele deutsche Leser seiner Denkschrift in dieser vernünftigen, nämlich daß es „keinen Preis gebe, für den uns die deutschen Lande an Rhein und Ruhr, an Saar und Mosel feil wären; keinen Preis, um den wir das Recht des Reiches und der anderen Staaten in diesen deutschen Landen mindern ließen!“ Diese Worte, die in dem ganzen Zusammenhang eine Zurückweisung der französischen Forderung der Unterwerfung vor der Aufnahme von Verhandlungen bedeuten, fehlen in der Denkschrift aus formalen Gründen, weil sie bloß Ergänzung sein sollte, und weil die letzte Note das Festhalten am passiven Widerstand klar ausgesprochen hatte. Die übrigen Ausführungen des Reichskanzlers gingen wieder in der Richtung, daß uns kein irgend noch tragbares Opfer wirtschaftlicher Art zu groß sein dürfe, um damit die politische Freiheit zu retten. Ueberhaupt ist mit erfreulicher Bestimmtheit die Politik wieder über die Wirtschaft gestellt die sich in Deutschland immer mehr zum alles verschlingenden Selbstzweck ausgewachsen hat und das Maß aller Dinge zu werden droht.

Der obige Satz des Reichskanzlers geht aber weiter als eine bloße Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes. Er wirft im Grund die ganze heute so brennende Rheinfrage mit auf. Die Worte, daß das Recht des Reiches und der anderen Staaten in diesen deutschen Landen nicht gemindert werden dürfen, zielt deutlich auf die zwischen den Verbandsmächten wieder so lebhaft verhandelten Fragen der Schaffung eines von Preußen losgelassen, waffenlos und womöglich „internationalisierter“ Rheinlandstaates hin. Darin birgt sich heute die letzte und höchste Frage für Deutschlands Zukunft und für den Frieden in Europa. Wird uns das Rheinland in irgend einer Form genommen, oder auch nur nach den Plänen angeblich „maßvoller“ Engländer unter internationale Gendarmerei gestellt, dann ist es mit der Zukunft des deutschen Reiches vorbei. Und man konnte das Gefühl haben, als ob die Reichsregierung es an deutlicher Ablehnung dieser Pläne hätte fehlen lassen. Um so erfreulicher ist es, daß der Kanzler die Gelegenheit in Münster, an der Grenze des Einbruchgebietes, benutzte hat, um in einem markhaften Wort diese Nege zu zerreißen. Man wird sein Wort auch draußen verstehen. Freilich — Verblendung will nicht sehen, und Tollheit ist das allerge-

Verhandlungen hinter den Kulissen.

Berlin, 11. Juni. Nach Meldungen, die aus Paris kommen, herrscht dort gegenüber dem deutschen Memorandum noch immer eine eigenartige Zurückhaltung. Die Sachverständigen im Auswärtigen Amt, im Finanz- und Handelsministerium beschäftigten sich am Freitag und Samstag eingehend mit dem Studium der neuen Vorschläge. In Regierungskreisen besteht die Auffassung, daß es unwürdig wäre, die Lösung des Reparationsproblems durch überstürzte Beschlüsse zu gefährden. Interessant ist die Mitteilung des „Figaro“, wonach die englische Regierung in Paris zu verstehen gab, daß sie nicht wünscht, daß das deutsche Angebot ohne weiteres zurückgewiesen werde. Die Verbündeten müßten sich über die einzuschlagende Methode verständigen, und eine gemeinsame Politik ausarbeiten. In Londoner Kreisen verlautet, daß der englische Ministerpräsident Frankreich und Deutschland einen Waffenstillstand im Ruhrgebiet vorschlagen werde. Die Pariser Blätter erklären hierzu, daß Deutschland vorher den passiven Widerstand aufgeben müsse. Diese Forderung ist übrigens das Kernstück fast aller Kommentare, die die Pariser Presse zu den deutschen Vorschlägen macht. Inzwischen wird weiter gemeldet, daß am heutigen Montag in London eine Vorkonferenz zwischen Lord Curzon und Vertretern Frankreichs Belgiens und Italiens stattfinden sollte. Die französische Regierung hat bereits insofern nachgegeben, als sie es nicht mehr ablehnt, in eine Prüfung der deutschen Vorschläge einzutreten, solange der deutsche Widerstand andauert. Immerhin macht Poincare eine Reihe von Vorbehalten. Er verlangt, daß England dahin wirken solle, daß Deutschland den französischen Forderungen sich füge, ebenso verlangt er, daß nicht das deutsche Angebot sondern der französische Plan vom Januar die Grundlage der internationalen Verhandlungen über die Reparationsfrage bilden solle. Wie der „Matin“ meldet, soll Lord Curzon bereit sein, Frankreich seine moralische Unterstützung zu leisten, um Deutschland zur Aufgabe des passiven Widerstandes

zu veranlassen, indes soll Curzon es abgelehnt haben, das französische Ruhrunternehmen an sich zu billigen. Boreest ist man bemüht, unter den Alliierten eine Einheitsfront zu schaffen.

Die wahre Lehre des Ruhrreindrucks.

Ueber das deutsche Angebot an Frankreich äußert sich „Manchester Guardian“ in einem längeren Aufsatz und schließt mit den Worten: „Es hat nicht den geringsten Nutzen, die Frage der deutschen Verbindlichkeiten von dem Gesichtspunkte der französischen Bedürfnisse aus und dessen, was die Verschönerer von Versailles in den Vertrag gesetzt hätten, zu betrachten. Nur wenn die Franzosen zuerst an das denken was Deutschland bezahlen kann, werden sie die Torheit ihres Vorgehens an der Ruhr einsehen, sowie all die anderen Hindernisse, die sie Deutschland in den Weg legen, um es daran zu hindern, das, was es zahlen könnte, zu zahlen. Die Ruhrbesetzung wird vielleicht eine wertvolle Lehre erteilen, deren Schüler nicht Deutschland, sondern Frankreich sein dürfte.“

Eine Erklärung der Obersten Houfe.

London, 10. Juni. Oberst Houfe, der zu einem einmonatigen Aufenthalt in London eingetroffen ist, erklärte gestern in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Times“ über das deutsche Memorandum, es sei die bestmögliche und befriedigendste Erklärung, die Deutschland bisher in der Frage der Reparationen abgegeben habe. Es sei, wie wenn eine große Korporation, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinde, alle vorhandenen Werte zusammenraffe, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Wenn die deutsche Regierung einen bestimmten Betrag genannt hätte, würde sie sich der Beschuldigung der Unaufrichtigkeit ausgesetzt haben, da jede Summe, die sie angegeben hätte, notwendigerweise größer hätte sein müssen als die 30 Milliarden Goldmark, die in der letzten Note angeboten waren, die von den Alliierten abgelehnt worden sei. Deutschland habe sich jetzt bereit erklärt, nach seiner Leistungsfähigkeit zu zahlen. Es sei Sache der Alliierten, zu bestimmen, wie hoch die Leistungsfähigkeit Deutschlands bemessen werden könne. Houfe erklärte, er glaube zuversichtlich, daß das deutsche Memorandum einen guten Eindruck in der ganzen Welt machen werde.

Die Kernfrage.

Der Widerhall, den die deutsche Note in der französischen Presse gefunden hat, ist hörbar auf neu! gestimmt. Das war zu erwarten, nicht aber, daß Frankreich so ungeachtet seine Karten aufdecken könnte. Die sachlichen Einwände, die sich auf die finanziellen Ergebnisse der angebotenen Pfänder beziehen, sind teils widersinnig, teils so an der Haaren herbeigezogen, daß ihnen anzumerken ist, daß alles darauf ankommt, sofort die Kernfrage herauszufallen. Tatsächlich ist das ja auch schon in Brüssel besorgt worden, offenbar in der Absicht, einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben. Diese Kernfrage ist der Widerstand im Ruhrgebiet. Frankreich läßt erklären, daß es nicht verhandeln werde, so lange die deutsche Regierung den Widerstand nicht aufhebe. Zunächst ist das eine falsche Anrede. Nicht irgend eine deutsche Regierung hat den Widerstand befohlen, er ist vielmehr mit unwüßiger Kraft im Einbruchgebiet selbst entwickelt und eingedrückt worden. Der Widerstand der Ruhrbevölkerung ist nicht nur eine Sache der nationalen Würde, er ist auch eine Kernfrage auf Leben und Tod für das ganze deutsche Volk. Den Widerstand aufgeben, würde für die Regierung Cuno den Sturz bedeuten. Allein der Sturz der Regierung Cuno würde nicht auch bedeuten, daß es dann eine andere Regierung wegen könnte und dürfte, die Ruhrbevölkerung aufzufordern, den Widerstand preiszugeben. Die Regierung die den Widerstand aufgeben oder für zwecklos erklären würde, würde damit auch das deutsche Land für vogelfrei erklären. Als am 11. Januar der Einbruch erfolgte, hat die deutsche Regierung feierlich und nachdrücklich den Einbruch als eine Vertrags- und Rechtsverletzung bezeichnet. Davon läßt sich kein Buchstabe und keine Faser feilscher und geistiger Energie wegnehmen. Den Ruhrreindruck als Rechtsstatte anerkennen, das heißt die Franzosen aufzufordern, wenn es ihnen gefällt, neue deutsche Gebiete zu besetzen.

Frankreich hat den Widerstand als die Kernfrage bezeichnet. Dabei hat es nunmehr zu bleiben, es sei denn, daß Frankreich seine Truppen zurückzieht und sich bereit erklärt, den angerichteten Schaden wieder gut zu machen. Niemals wird die Ruhrbevölkerung dafür zu haben sein, den Widerstand preiszugeben, weil es auch die Männer preisgäbe, die bisher Freiheit und Leben eingesetzt haben. Frankreich weiß, daß es den Widerstand mit Gewalt nicht brechen kann. Es weiß auch, daß die Ausbeute nicht besser, sondern von Tag zu Tag schlechter wird. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir allzu viel Gewicht auf die angeblichen Gegenätze zwischen London und Paris legten. Gewiß, die englische Presse hat die deutsche Note nicht unfreundlich aufgenommen. Das ist alles. Aber das Wichtigere ist, daß die englische Presse auch schon nach einer Verhandlungsgrundlage sucht, die sie damit zu finden glaubt, daß so etwas wie ein Waffenstillstand im Ruhrgebiet hergestellt würde. Der Begriff ist so dehnbar, daß wir uns darauf nicht einlassen können oder wollen. Entweder hat Frankreich einen Rechts- und Vertragsbruch begangen, dann ist es an Frankreich, dafür Genugtuung zu leisten. Oder aber der Ruhrreindruck ist durch den Versailler Vertrag gedeckt, was bisher nicht einmal von England und Italien behauptet worden ist. Ist das die Rechtslage, so ergibt sich daraus für Deutschland die Zwangslage, daß es überhaupt nichts mehr in Zukunft leisten kann und darf, weil es immer damit rechnen muß, daß neue Pfänder ergriffen und neue Einbrüche vollzogen werden. Deutschland hat in seinem Angebot mehr als guten Willen gezeigt. Es hat sich niemals geweigert, die Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag zu erfüllen, so

weit sie erfüllbar sind. Das Angebot ist der tatsächliche Ausdruck für die Formel, daß für die Erringung der staatlichen Freiheit kein Opfer zu groß sein kann und darf. Aber diese Freiheit muß gewährleistet und gesichert werden. Dazu genügt nicht eine Erklärung Frankreichs, zumal es widerrechtlich seit zwei Jahren in den Rhein- und Ruhrhöfen geblieben ist. Die Ruhrkrise ist noch nicht beendet. Sie beginnt erst.

Vor einer Wendung der englischen Politik?

Aus London und Paris laufen Meldungen ein, die in noch unklarer und verhallter Form eine Wendung in der englischen Politik andeuten, die mit einem Vorschlag Mac Kennas verknüpft wird und sich in z. T. recht ungeschminkter Kennzeichnung der französischen Gewaltpolitik einfindet.

Am Samstag Abendblatt der „Ball Mall Gazette“ deutete der politische Berichterstatter dieser Zeitung an, Mac Kenna habe einen Plan vorbereitet, um die zusammenhängenden Fragen der deutschen Entschädigungen und der interalliierten Schulden zu verhandeln. Die Zugehörigkeit Mac Kennas zum Kabinett würde bedeutsam werden, falls sich Umstände ergäben, die die Regierung zwingen würden, nach diesem Plan vorzugehen, der eine unabhängige Aktion Großbritanniens zum Schutze der Interessen der Alliierten vorsehe, jedoch in keiner Weise gegen Frankreich gerichtet sein würde. Von der Haltung Frankreichs gegenüber der deutschen Note hänge die Frage ab, ob Mac Kenna sofort der Regierung beitreten werde oder nicht. Dem Berichterstatter zufolge werde es in gut unterrichteten Kreisen in London für sicher gehalten, daß Frankreich die deutsche Denkschrift für unannehmbar erklären werde. Auf ein solches Mißlingen würde aller Wahrscheinlichkeit nach bald eine freimütige Erklärung des britischen Kabinetts über die gesamten Fragen der Entschädigungen und der interalliierten Schulden folgen. Die Einzelheiten des Planes Mac Kennas seien auf mehr als einer privaten Konferenz zwischen Baldwin, Lord Curzon und Mac Kenna erörtert worden.

Die englischen Sonntagsblätter gehen schon weiter. Nach dem diplomatischen Berichterstatter des „Observer“ findet die erste wirklich bedeutsame Sitzung des englischen Kabinetts heute Montag vormittag statt. Baldwin habe erkannt, daß bei den augenblicklichen Methoden Frankreichs ein Uebereinkommen vollkommen unmöglich sei und daß die für Europa entscheidende Frage weit wichtiger sei als die französisch-englische Freundschaft. Ueber das deutsche Angebot selbst sei die Ansicht der britischen Regierung etwa die, daß der jetzt von Deutschland in Jahreszahlungen angebotene Betrag möglicherweise Deutschlands unmittelbare Zahlungsfähigkeit darstelle, jedoch nicht seine zukünftige. Der französische Standpunkt sei für die britische Regierung vollkommen unannehmbar. Werde darauf bestanden, so bleibe keine andere Wahl als ein vollständiger Bruch zwischen Frankreich und England. Man halte es in London für ausgeschlossen, daß 12 Millionen Ruhrreinhöher auf Poincares Geheiß kapitulieren. Auch keine deutsche Regierung könne das versprechen. Wenn Poincare oder sein Nachfolger unverändert bei dieser Politik blieben, so sei sicher, daß die britische Politik in Europa eine vollkommene Neuorientierung suchen werde. Auch der Hauptschriftleiter Garvin betont im „Observer“, neben den freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich sei die Herstellung des Friedens das Hauptziel der britischen Politik. Baldwin werde nichts annehmen, was auf ein Diktat hinauslaufe. Stelle Poincare Deutschland ein neues Ultimatum, das tatsächlich ein Ultimatum an England wäre, so wäre die britische Regierung und zweifellos auch die italienische gezwungen, zu erklären, daß Frankreich nicht so weit gehen könne, die Kontrolle ihrer eigenen europäischen Interessen wahrzunehmen. „Sunday Times“ schreibt, vielleicht sei man an einem Wendepunkt angekommen. Wenn England sich jetzt nicht behauptet, so könne es den Gedanken aufgeben, den Lauf der Ereignisse in Europa zu beeinflussen.

Lord Curzon hat bereits die Botschafter Italiens, Belgiens und Frankreichs eingeladen, um ihnen nach dem englischen Ministerrat eine „bedeutungsvolle Mitteilung“ zu machen. Wirtschaftliche Uebernahme der französischen Wiederaufbauanleihe durch Deutschland scheint der Kern des Vorschlags Mac Kennas die land und Abtragung in erträglichen Jahresraten mit Hilfe von Anleihen, sowie ein Verzicht Frankreichs und Italiens auf ihre Prioritätsrechte gegen Erlaß ihrer Kriegsschulden an England zu sein. Daß der Observer in konservativen Blatt ist, gibt seinen Ausführungen besonderes Gewicht. Man wird aber mit großer Spannung das Ergebnis dieses Ministerrats abwarten, der offenbar darüber entscheiden muß, ob England sich vollends der französischen Hegemonie beugen oder seine Selbständigkeit und seine britische Politik wieder aufnehmen wird.

Was wird England tun?

London, 11. Juni. Für heute abend 6 Uhr ist eine Sitzung des britischen Kabinetts zur Erwägung des deutschen Memorandums einberufen worden. Curzon erörterte die deutsche Note mit den Sachverständigen. Außer dem französischen Sachverständigen empfing er den britischen Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, ferner den französischen Botschafter, St. Aulaire, der ihm eine Mitteilung Poincares überbrachte. Curzon erwartet nun noch die Ansichten der belgischen und italienischen Regierung, sodas das englische Kabinett in seiner heutigen Sitzung über die Stellungnahme der Alliierten unterrichtet sein wird.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, es sei sehr wahrscheinlich, daß den Entscheidungen des heutigen Kabinettsrats, ob sie positiv oder negativ seien, sowohl in der Gestalt von Mitteilungen an die Hauptstädte als auch in vorsichtigeren Regierungsmittellungen an die Öffentlichkeit, wenigstens teilweise Ausdruck gegeben werde. Die alliierten Botschafter in London

mühten im Verlaufe ihrer letzten Besuche im Foreign Office in der Lage gewesen sein, eine Andeutung über die offiziellen britischen Ansichten über das Memorandum zu erhalten. Diese Ansichten seien die, daß das deutsche Dokument keine eilige summarische Antwort, sondern seine wohlverwogene gemeinsame Antwort nach sorgfältiger Erwägung ihres Inhaltes durch die Alliierten erfordere. Die Unterredung, die Cecil am Freitag mit Millerand hatte, habe auch die Fragen der Verwaltung des Saargebietes und des Sicherheitspaktes des Völkerbundes betroffen. Sie habe keineswegs die vorherrschend pessimistische Stimmung in den britischen wie auch in den französischen Kreisen vermindert. Für die britische Regierung sei daher die Lage im gegenwärtigen Stand weiter unsicher und sehr besorgniserregend. Die Alliierten mühten sowohl auf die politische als auch auf die finanzielle und wirtschaftliche Seite der augenblicklichen Fragen Wert legen. Sie mühten sich auch bemühen, andere als ihre eigenen separaten Interessen zu erwägen.

Optimistische Stimmung in Paris.

Paris, 11. Juni. Es hat den Anschein, daß sich auf dem Quay d'Orléans neuerdings in der Frage des Reparationsproblems ein Gefühl des Optimismus geltend macht. Es wird sogar geglaubt, daß man eine Lösung der verschiedenen Fragen in Monatsfrist erreichen werde. Heute nachmittag werden der französische und der belgische Gesandte in London durch Lord Curzon empfangen werden, um von ihm dem Standpunkt des englischen Kabinetts in der Reparationsfrage zu erfahren, um darauf ihren Regierungen mitteilen zu können, ob die englische Regierung gewillt ist, die alliierte Front wieder herzustellen. Was die seit den letzten Tagen geführten Verhandlungen zwischen Paris und Brüssel einerseits und London andererseits anbelangt, so wird strengstes Stillschweigen darüber beobachtet.

Zwei neue Elsaß-Lothringen.

London, 11. Juni. Lloyd Georges erklärte gestern in einer Rede, zwei neue Elsaß-Lothringen seien in den letzten Wochen geschaffen worden. Im Osten habe Polen ohne Berechtigung Wilna annektiert, und was habe sich jenseits des Rheines ereignet? Ein Angebot sei erfolgt, eine wichtige Frage einem unparteiischen Tribunal zu unterbreiten. Werde es angenommen oder würden Frankreich und Belgien erklären: „Nein! Wir haben die Macht, warum sollen wir uns einem Tribunal unterwerfen? Wir haben ein Heer, wir haben Kanonen, laßt sie entscheiden!“ Lloyd George schloß: „Wenn nicht eine neue Gesinnung in der Welt entstehe, so verzweifeln wir an der Zukunft der Zivilisation.“

Lloyd George, der jetzt verzweifeln will, überieht, daß er an der Verwirrung, in der Europa sich befindet, mitschuldig ist. Er hat die Mitverantwortung für all das Unheil, das unter seiner Mitwirkung bei der Abfassung des Versailler Vertrages über die Welt gekommen ist.

Der passive Widerstand.

England erklärt sich offiziell gegen die französische Forderung auf sofortigen Verzicht.

Paris, 12. Juni. Das Havasbüro berichtet über das Ergebnis des gestern Nacht stattgefundenen britischen Kabinettsrates, der eine Stunde gedauert hat. Der Standpunkt des englischen Kabinetts könne wie folgt gekennzeichnet werden: Die englische Regierung glaube, daß es nicht möglich sei, als Vorbedingung für jede interalliierte Verhandlung den Verzicht auf den passiven Widerstand im Ruhrgebiet zu verlangen. Die englische Regierung erklärt, daß es ihr sehr erwünscht sei, jeden Bruch zu vermeiden, aber sie betone, daß nach ihrer Ansicht Verhandlungen unter den Alliierten auf der Grundlage des deutschen Memorandums stattfinden könnten. Sie erkenne jedoch gleichzeitig an, daß die in dem Memorandum enthaltenen Ziffern nicht annehmbar seien und unter dem blichen, was Bonar Law im Januar vorgeschlagen habe. Das englische Kabinett schlage deshalb vor, den deutschen Plan abzuändern und Deutschland dahin zu bringen, die Ziffern in dem Plan von Bonar Law anzunehmen. Die britische Regierung sei überzeugt, daß das Deutsche Reich einem ähnlichen Vorschlag zustimmen würde. Wenn die französische Regierung der Ansicht sei, ihren Standpunkt aufrechtserhalten zu müssen, so schlage die britische Regierung vor, eine Konferenz alliierter Sachverständiger einzuberufen, die die Mission haben soll, eine Prüfung über die allgemeine Lage Deutschlands vorzunehmen und die Ziffern zu bestimmen, auf denen man die Reparationszahlungen Deutschlands aufbauen könne, um dann auch das umfassende Problem der europäischen Lage zu studieren. Falls die Sachverständigen sich einigen könnten, würde die britische Regierung es unternehmen, selbst Vorstellungen bei der deutschen Regierung zu erheben, damit es dem passiven Widerstand im Ruhrgebiet ein Ende mache.

Schicksalswende.

Roman von A. Klinger.

33) Sie ließ die Arbeit sinken. Ihr war schwer ums Herz, sehr schwer. Sie war es gewohnt, am Sonntag vormittag, in der Hängematte liegend, ein gutes Buch zu lesen. Zwischen ihr und Huberts Mutter lag eine Welt von verschiedenen Anschauungen und Empfindungen. Nie, niemals würde ein inniges Verstehen zwischen ihnen sein! Mehr noch fühlte sie sich zu dem Vater hingezogen, obgleich auch er in seiner Kürze und Schroffheit sie beunruhigte und ängstigte. Und in dieser Atmosphäre von Strenge, Kälte und Willkür war Hubert groß geworden, Hubert mit seinem poetischen, phantasiebegabten Sinn, dem warm pulsierenden Blut! Wie mochte er gelitten und entbehrt haben inmitten des Reichthums und wie gekauert, als er in ihres Vaters Haus kam, wo alles auf den Ton der Güte und eines herzinnigen Verstehens gestimmt war. Heimlich war Hubert zum Begräbnis ihres Vaters gekommen. Seine Eltern hatten einen kostbaren Kranz und ein Beileidstelegramm gesandt. „Sieh darin keine Lieblosigkeit!“ hatte er gebeten, „meine Eltern wissen es nicht anders. Und wenn Du in ihrem Hause lebst, so laß Dich nicht abschrecken durch allerhand Seltsamkeiten! Alles Niedrige und Gemeine liegt meinen Eltern fern. Sie sind gut und ehrenwert. In ihrer Art. Schmerz und Schicksale, die den Sinn läutern, sind ihnen ferngeblieben.“ Auch das Leben meiner Eltern war gleichmäßig licht und ohne Kummer. Nach außen hin, Lieblich. Aber sie wünschten sich mit großer Sehnsucht ein Kindchen. Und dieser Wunsch blieb ihnen verflucht. Da nahmen sie sich an ihr Herz. Du bringst Glück und Sonnenschein in beide Leben. Und zu jeder Stunde empfanden sie, es mit heißem Dank, daß sie nicht mehr einsam waren, daß ihr Leben Zweck und Inhalt bekommen. Dich umhengen sie wie eine Prinzessin, für all die Ärmsten der Armen jedoch, die ihre Fürsorge erreichen konnte, hatten sie auch noch Teilnahme und das Bemühen, ihre Not zu lindern.

gierung zu erheben, damit es dem passiven Widerstand im Ruhrgebiet ein Ende mache.

England erklärt, kurz gesagt, die Verhandlungen unter den Alliierten (wohl gemeint: unter den Alliierten! D. Schriftl.) könnten auch ohne Rücksicht auf den passiven Widerstand beginnen. Wenn die Verhandlungen unter den Alliierten ein Ergebnis hätten, dann wolle auch England den Verzicht auf den passiven Widerstand von Deutschland fordern, bevor die Alliierten mit den Deutschen zu verhandeln beginnen. In Paris ist man über die Stellung der englischen Regierung sehr verärgert, besonders, weil daraus deutlich das englische Mißtrauen gegenüber der französischen Politik spricht. Die Engländer wollen erst wissen, was man in Paris eigentlich will, bevor Deutschland gezwungen wird, seine letzte Waffe niederzulegen. Wenn auch die englische Politik uns nicht den geringsten Grund zur Freude gibt, so läßt die Stellung der englischen Regierung doch den Schluß zu, daß der passive Widerstand eine Waffe ist, die auch England in seine Berechnungen einreißt. Die Pariser Blätter suchen aus der für Frankreich sehr peinlichen Lage herauszukommen, indem sie erklären, der Beschluß der Brüsseler Konferenz: keine Verhandlungen, solange der Widerstand andauert, beziehe sich eigentlich nur auf Verhandlungen mit Deutschland, nicht auf Verhandlungen der Alliierten über das deutsche Angebot. Eine Stellungnahme der französischen Regierung liegt noch nicht vor.

Italien gibt eine eigene Antwort?

Rom, 12. Juni. Es verlautet hier, daß die italienische Antwort auf die deutsche Denkschrift am Donnerstag zur Uebergabe bereit sein wird. Betreffs des Inhalts vermutet man, daß sie die Betonung der in Mussolinis Senatsrede verkündeten Gesichtspunkte erneuern wird, daß die deutschen Vorschläge allzu sehr hinter den Erwartungen zurückbleiben, jedoch soll die italienische Antwort gleichzeitig zugeben, daß die geringere Steifheit der neuen deutschen Vorschläge den Weg zu einer Lösung erleichtere. Von autoritativer Seite hört Ihr Korrespondent heute, daß der Text der italienischen Antwort noch offen, wenn auch in den Grundzügen festgelegt sei. Jedenfalls werde Italien eine engere Antwort absenden, da eine gemeinsame ausgearbeitete und unzweckmäßige sei. Es scheint auch kein Schritt hier unternommen worden zu sein, um eine gemeinsame Antwort herbeizuführen. Auch die Uebergabe der Antwort soll unabhängig von den Alliierten erfolgen.

Der Reichskanzler in Süddeutschland.

Karlsruhe, 11. Juni. Reichskanzler Cuno ist auf seiner Reise nach Süddeutschland nach kurzem Aufenthalt in Heidelberg heute Nachmittag hier eingetroffen.

In Heidelberg fand eine eingehende Aussprache unter Vertretern der Behörden sowie der Wirtschaftskreise der Pfalz statt. Diese ergab übereinstimmende Beweise des einseitigen Willens der Bevölkerung, an den staatsrechtlichen Verhältnissen und der uneingeschränkten Zugehörigkeit der Pfalz zum Reich und zu Bayern unter keinen Umständen rütteln zu lassen. Von allen Kreisen besonders von der Arbeitererschaft wurde betont, daß sie aus sittlichen Gründen den ausgezwungenen Abwehrkampf aufgerommen haben und ihn bis zu einem guten Ende weiter führen werde. Ebenjenseits wie es einer Anweisung bedürft hätte, den Kampf aufzunehmen, werde es der Reichsregierung niemals gelingen, einen Abbruch des Kampfes gegen den Willen der Bevölkerung zu erreichen.

Bei dem Empfang in Karlsruhe, der gestern abend in den Räumen des Staatsministeriums zu Ehren des Reichskanzlers stattfand, hielt Dr. Cuno eine von fester Zuversicht getragene Rede, die durch die Berührung des Kernpunktes der Frage, die uns und die Welt zurzeit beschäftigt, von größter politischer Bedeutung war und dem Ausland reifliche Klarheit geben dürfte. Ueber den Zweck seiner Reise führte er aus, daß er sie unternommen habe, um seinem lang gehegten Wunsch mit dem Land Boden in persönliche Berührung zu kommen, Ausdruck zu geben. Er stehe vor dem Ende einer Reise, die nach Münster, Elberfeld und Heidelberg geführt habe. Dabei sei ihm aus allen Schichten der besetzten Gebiete und des Einbruchgebietes einstimmig versichert worden, daß die Bevölkerung dieser Gebiete den Abwehrkampf bis zu einem guten Ende fortführen wolle. Der Abwehrkampf in den besetzten Gebieten und im Einbruchgebiet sei spontan aus der Bevölkerung heraus emporengrasch und besonders von Arbeiterern seit sei klar und drücklich zum Ausdruck gebracht worden, daß die Bevölkerung selbst die volle Verantwortung für den Abwehrkampf trage. Zu einem guten Ende des Kampfes gehöre

es vor allen Dingen auch, daß Baden, die Pfalz und das ganze Rheinland, überhaupt alle besetzten Gebiete, unverfehrt beim Reich und bei den Ländern bleiben, zu denen sie gehören. In dieser Beziehung gebe es für die Reichsregierung, für die Landesregierungen und für die Bevölkerung keine Kompromisse und keine Konzessionen. Der Herr Reichskanzler wies dann darauf hin, daß der uns aufgezwungene Kampf schwer sei, daß die Reichsregierung bestrebt sei, die Leiden der Bevölkerung mit allen nur möglichen Kräften zu lindern. Der Kampf würde in voller Einigkeit des ganzen deutschen Volkes geführt und es gebe keinen Gegensatz, bei keiner Partei, bei keiner Wirtschaftsgruppe in der einen Frage, daß das Reich unverfehrt bleiben müsse.

Unter dieser Parole ständen Nord und Süd einig und fest zusammen und unter dieser Parole werde der uns aufgezwungene Kampf zu einem glücklichen Ende geführt werden. Der Kampf sei uns aufgezwungen worden, denn die Reichsregierung habe in voller Aufrichtigkeit ihre Erfüllungsbereitschaft in den Grenzen des Möglichen immer betont.

Die Worte, die der Reichskanzler an die Anwesenden richtete, atmeten die Ruhe und Würde des Staatsmannes, die wir von seinem bisherigen Auftreten vor der Öffentlichkeit gewohnt sind. Wohlthuend teilte sich allen Zuhörern das festeste Vertrauen in Deutschlands gute und gerechte Sache mit und die Zuversicht, daß das deutsche Volk in diesen Stunden der Prüfung sich seiner nationalen Aufgaben bewußt sein werde. Gerade die Worte, die Dr. Cuno über die Haltung des deutschen Südens sagte, lösten anhaltenden und dankbaren Widerhall aus. Als besonders wertvoll aber begrüßten wir die wiederholte Betonung des „Nein“, die der Kanzler des Reiches dem selbstlichen Vernichtungswillen entgegensetzt. Nun ist auch das klar, was in dem Memorandum und in der Rede in Münster nur zwischen den Zeilen zu lesen war. Deutschland bleibt fest.

Die Reichsregierung und der Waffenstillstand.

Berlin, 11. Juni. Die Besprechungen innerhalb der Entente-mächte drehen sich bisher mehr als um das ergänzte deutsche Angebot um die französische Forderung, daß der passive Widerstand auf deutscher Seite eingestellt werden müßte, bevor Verhandlungen möglich seien. Deutschseits herrscht laut B. Z. der Standpunkt vor, den auch der Reichskanzler in seiner Rede in Münster bei der Darstellung des Ruhrkampfes vertreten hat, daß die Entsehung des passiven Widerstandes eine spontane, aus dem Willen der unmittelbar betroffenen Bevölkerung geborene Kundgebung war, die durch die Maßnahmen der Reichsregierung nur in geordnete Kanäle geleitet und dadurch zum Vorteil aller, auch unserer Gegner, geregelt worden ist. Dieser Standpunkt schließt aber keineswegs aus, daß eine Formel gefunden werden könnte, um bei vollkommener Gegenseitigkeit des guten Willens zu einer Verständigung auch in dieser Frage zu gelangen. Die Formel, die in dem Wort Waffenstillstand steckt, ist freilich unzulänglich, weil es sich bei dem passiven Widerstand selber um einen Vorgang ohne Präzedenzfall in der Geschichte handelt. Man könnte sich denken, daß man sich für die Verhandlungsdauer gegenseitig den Verzicht auf Bestrafungen von französisch-belgischer Seite, außerdem den Verzicht auf Maßnahmen und Ausweisungen zuüchert, daß man deutschseits gleichfalls auf die Verfolgung von Straftätern gegen die erlangenen Sonderverordnungen etwa wegen Benützung der französisch betriebenen Bahnen usw. verzichtet, kurz daß man geistig alles vorbereitet, um den gegenwärtigen Kriegszustand bei einer Verständigung vollkommen abzubauen zu können.

Für das freie deutsche Rheinland.

Elberfeld, 11. Juni. Hier fand sich gestern eine sehr große Anzahl Vertreter aller Wirtschaftsklassen und Berufe des unter allen Umständen an der vollen Freiheit der Rheinlande, Rheinlandes ein. Sie diskutierten den einmütigen Entschluß, ihrer unverminderten Zugehörigkeit zum Reich und zu Preußen festzuhalten und den Endkampf zu diesem Ziel angebeugt fortzuführen.

Die Delbrückschächte Deutschland zugewiesen!

Berlin, 11. Juni. Die Grenzkommission in Breslau hat am Samstag ihren Beschluß in der lang umstrittenen Frage gefaßt, ob die Delbrückschächte Deutschland oder Polen zufallen sollten. Die Entscheidung ist zu Gunsten Deutschlands gefallen; für die Zuteilung an Deutschland stimmten außer dem deutschen Kommissar, Major Egel, der englische und der italienische Kommissar. Die Grenzkommission hatte schon mehrfach ihrer Auffassung dahin Ausdruck gegeben, daß Deutschland mehr Anrecht auf die Delbrückschächte habe als Polen, hat es aber

„Und wenn,“ hatte Almida gesagt, „wenn Deine Eltern immer auch nur eine von den Ärmsten der Armen in mir sehen die man wohl bemitleidet, doch nicht zu den Gleichberechtigten rechnet, was wird dann aus unserer Liebe, unseren Hoffnungen Hubert?“

Da hatte er sie mit strahlendem Lächeln, mit stolzem Blick gemessen, und sie stürmisch geküßt. „Du bist weder bemitleidenswert, noch gehörst Du zu den Ärmsten der Armen, Almida; wer Dich liebt, muß Dich lieben. Du bist die Schönheit und das Glück selbst. Du könntest den reichsten und angesehensten Mann bekommen, wenn Du nur willst. Und wenn Du nichts, gar nichts hättest, so wärest Du immer noch die Gebende, denn Du gibst Dich selbst. Dein reiches Gemüt, Deinen unergleichen Liebreiz und den Zauber, der von Deiner Person ausgeht, den alle sich beugen müssen, alle!“

„Du bist Deiner Sache so unbedingt sicher, Hubert! Aber wenn dieser Zauber nun gerad' Deinen Eltern gegenüber versagt, was dann?“

„Sie werden den Wert Deiner Persönlichkeit nie ganz einschätzen können mein Herz. Aber sie werden Dich lieben in ihrer Art. Und regst sie, daß meine Eltern erst in zweiter Linie ekommen. Mir sollst Du angehören, mit mir leben, und ich verstehe Dich! Ich bin betauscht von Deiner Süße. Du bist das Ziel meiner Sehnsucht und Träume, und meine Liebe wird alle Schranken besiegen und Dich erringen. Ich vertraue unserm guten Stern. Das müßt Du auch! Und daran müssen wir uns vorläufig genügen lassen!“

Sa, Hubert hatte recht, mit allem, was er sagte. Er war klug und gut. Und sie wollte nichts anderes, als ihn glücklich wissen, ihn, dem ihre erste und einzige Liebe gehörte.

Sie vernahm Schritte und nun kehrten ihre Gedanken in die Gegenwart, in die Wirklichkeit zurück.

Dastig griff sie nach der Strickarbeit in ihrem Schoß. Unschlüssig sah sie darauf nieder. Sie mußte im Moment wirklich nichts damit anzufangen. Ein vertrautes, schelmisches Lächeln teilte noch ihre Lippen, denn sie konnte ihre Gedanken von dem Liebsten, mit dem sie soeben stumme Zwiegespräche gehalten, so schnell nicht loslösen.

Paul Mertens nahm ihr des Strickzeug behutsam aus der Hand. „Es fehlte noch, daß Sie gleichfalls mit dem garstigen Nadelgeklapper alle verschweher. Das kann Herrn Wengdorfs Wunsch nicht sein!“

„Es ist eine abscheuliche, geisttötende Beschäftigung,“ sagte Almida, „die mir in der Schule Nual bereitet hat. Aber ich will stricken, weil Frau Wengdorf es gern sieht. Man muß alles können, auch was einem nicht zusagt. Sie wird ja nicht darauf bestehen, daß ich den ganzen Tag —“

„Meiner lieben Freundin wäre das schon zuzutrauen, aber wir werden es zu verhindern wissen. Und nun bitte ich um Ihr Vertrauen, mein Fräulein Ich bin von Kindheit an mit den Wengdorfs befreundet. Herbert war mein Schulkamerad, Olga unsere Spielgefährtin. Da werden Sie mir wohl glauben, wenn ich, Ihnen sage, daß ich die beiden kenne, wie mich selbst. Und es wird Ihnen nicht unangenehm sein, wenn ich Sie ein wenig informiere.“

Almida sah mit ihren leuchtenden klaren Blauaugen zu ihm auf in sein schmales, feines Gesicht, das häßlich war bis auf die schöngebildete vornehme Denkerstirn. Von diesem Freunde seiner Eltern hatte Hubert nie gesprochen.

Vorsichtig antwortete sie: „Ich habe die Stelle in diesem Hause nur probeweise angenommen, und ich fürchte, Frau Wengdorf verlangt andere Leistungen, als ich zu bieten imstande bin.“

„Das wird sich finden! Die Hauptsache ist, daß Sie sich einigermassen wohlfühlen in diesem Hause, daß mir Sie nicht wieder verlassen. So ehr' bißchen Sonnenschein hat gar zu sehr gefehlt. Das wird auch meinem Freunde zum Bewußtsein gekommen sein; ich wüßte sonst nicht, zu welchem Zweck er eine Gesellschafterin für seine Frau wünscht.“

„Herr Wengdorf will, daß sie ihre Allgemeinbildung vervollkommen. Ich soll ihr aus unsern Klassikern vorlesen. Ich habe schon an diesem schönen Sonntag vormittag begonnen. Frau Wengdorf hört aber gar nicht zu. Es war ihr sogar lästig, daß ich las. Wenn ich mich aber so überflüssig fühlen muß, kann ich unmöglich bleiben, obwohl ich nur mit Schrecken daran denke, daß ich mir wieder eine neue Stelle suchen soll!“

vor ihrer endgültigen Entscheidung noch für zweckmäßig gehalten, das Gutachten eines neutralen Sachverständigen einzuholen. Dieses Gutachten, das von Professor Fabrega von der Bergwerksschule in Madrid erstattet wurde, hat der Entscheidung zu Grunde gelegen.

Blutige Zwischenfälle in Dortmund.

Dortmund, 11. Juni. In der Nacht zum Sonntag sind in der Nähe des Luisenhospitals zwei französische Adjutanten erschossen worden. Die Franzosen haben, wie der Magistrat mitteilt, infolge dessen über Dortmund einschließend Herne und Dorstfeld den Besetzungszustand verhängt. Für die Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens ist jeder Verkehr verboten. Wer beim Uebertreten dieses Verbotes betroffen wird, wird von französischen Patrouillen verhaftet.

Wundert es uns nach all den Proben französischer „Rechtspflege“ noch, daß auch in Dortmund der Tod zweier französischer Offiziersanwärter ohne jede Untersuchung alsbald zum Anlaß gewalttätiger Empressungsmaßnahmen, ja gemeinsamer Schießereien gemacht wird! Die fünf toten Deutschen, die nicht im allergeringsten Zusammenhang mit dem bedauerlichen, nach mancherlei Anzeichen aber auf Franzosen zurückzuführenden Vorfall von der Nacht vorher stehen, die Verhaftung von Stadträten und — welcher Schimpf für die französische „Kultur!“ — die damit verbundene Wegnahme von Geld, das alles ist eine gellende Predigt Frankreichs gegen Frankreich, die in keines Deutschen Ohren verhallen wird. Und wenn wir uns z. Bt. nicht wehren können, die moralische Verrottung die Frankreich da in seinen Leuten pflügt, wird sich am französischen Volk schon von selber rächen. Verblendung auch da!

Die Täter keine Deutschen!

Dortmund, 11. Juni. Zu der Mordtat an den zwei französischen Offizieren teilt die zuständige Stelle mit: Die Tat ist nicht von Deutschen verübt, die Schüsse, mit denen die Offiziere getötet wurden, entstammen Gewehren oder Karabinern. Infolge des verschärften Besetzungszustandes kam es gestern abend zu Zwischenfällen. Die Räumung der Straßen um 9 Uhr wurde teils unter Mißhandlungen der noch auf den Straßen befindlichen durchgeführt, wobei die Franzosen 30 Ohrfeigen und Fußtritte austeilten. Ein Zivilist erhielt im Laufe des abends bei der Räumung der Straßen einen tödlichen Schuß. Drei weitere wurden nachts erschossen, zwei schwer verletzt, welche darauf ihren Verletzungen erlag. Durch Augenzeugen ist festgestellt, daß die Franzosen aus nächster Nähe ohne vorherigen Wortwechsel die Personen erschossen. Drei der Leichen mußten von Deutschen zu der Stelle geschleppt werden, wo die beiden französischen Offiziere erschossen worden waren. Die Leichen wurden in die Blutlache der Offiziere gelegt. Bei der Befragung des Stadthauses heute morgen beschlagnahmten die Franzosen 41 Millionen Mark.

Kriegsgefahr im Osten.

Warschau, 10. Juni. Die neue politische Wendung in Polen, der Kabinettswechsel und der Rücktritt Pilsudskis bedeuten ein schärferes Einschnappen in das Fahrwasser Frankreichs. Die Befestigung der bisherigen Regierung war ein schon lang eifrig verfolgtes Ziel. Dies es erstrebten, das waren die Anhänger der französischen Ostpolitik. Diese aber stellt nichts anderes dar, als in Polen ein gefügiges militärisches und politisches Werkzeug zu besitzen. Polen sinkt nun vollständig zum Vasallen Frankreichs herab. Das neue Ministerium wird darum nicht mit Unrecht als eine Steigerung der Kriegsmöglichkeit betrachtet. Pilsudski ist wohl Anhänger einer frankophilen Politik. Aber er kann dabei nicht soweit gehen, als die heutigen Machthaber Polens. Was er wollte, das ist ein Bündnis mit Frankreich. Mehrmals hat Pilsudski bekundet, daß er ein freies Polen wünscht, ein Polen, das nicht ein Sklave Frankreichs ist. Da nun zweifellos die neue Regierung das Werkzeug Frankreichs ist, dieses aber, wie auch die vom französischen Parlament an Rumänien genehmigte Anleihe, die militärischen Zwecken dient, zeigt, kriegerisch gesinnt ist, so ist tatsächlich mit der Einsetzung der Regierung Witos die Kriegsmöglichkeit im Osten stärker als früher.

Die Ansichten Polens.

Man sagt, die polnische Armee sei durch die Bedrohung durch Rußland und durch einen geheimen Vertrag mit Frankreich bedingt. Die polnischen Finanzen sind zu brüchig (?), die Hinneigung zu Frankreich kühl ab, das soziale Elend ist niederdrückend und die Männer sind kriegsmüde. Polens Minister, Bankiers und erfahrene Geschäftsleute erkennen an, daß es eine Herkulesarbeit sei, die schlechte Finanzlage zu bessern, bei dem steten Sinken der Mark, die jetzt nur eine halbe deutsche Mark wert ist. Das Ersetzen fähiger deutscher und österreichischer Landleute, Beamten und Lehrer durch unerfahrene Neulinge, Grundsätze, wie daß in Polen jeder ein guter Pole sein oder gehen muß, sollen nicht gebildet werden, einerlei wie sie selbst unter russischen, österreichischen und deutschen Imperialisten gelitten haben mögen. Der demokratische Imperialismus Polens von heute bedeutet ein Elend für Millionen und ist eine Gefahr für seine Zukunft. Eine andere Gefahr ist das, was die Deutschen mit Recht „polnische Wirtschaft“ nennen, d. h. eine unordentliche, schwierige Art der Geschäftsführung. Die teutonische Präzision, Organisation, Methode und Tüchtigkeit sind das Gegenteil der leichtlebigen, schmutzigen und unmethodischen slawischen Untüchtigkeit. Vermöchte die polnische Mentalität sich zu ändern, so würde das für Polen und Zentraleuropa bessere Aussichten schaffen, und dem begabten, anziehenden Volk eine edlere und erfolgreichere Zukunft sichern. Man darf seine tragische Vergangenheit, voller Schande und Kummer, nicht vergessen.

Polens antideutsche Politik.

Ein Block der Länder zwischen Ostsee und Balkan. Warschau, 10. Juni. Im Senatsauschuß für Auswärtiges hat der neue polnische Außenminister Sedza eine amtliche Erklärung über die Grundlage der polnischen Außenpolitik verlesen, die sich in allererster Linie ganz offen und eindeutig gegen Deutschland richtet. Sedza erklärte u. a.: In der großen Aktion die das mit uns verbundene Frankreich zusammen mit Belgien

zwecks Erfüllung des Versailler Vertrages im Ruhrgebiet ausführt, haben wir uns mit Sympathie, nicht nur aus Freundschaft für die französische und belgische Regierung sondern auch aus der Erwägung, daß der weitere Verlauf und die Endergebnisse dieses Kampfes auch von unmittelbarer Bedeutung für unser Volk sind, bekannt, denn von seinem Verlauf und seinen Ergebnissen werden für längere Zeit Deutschlands Rolle in Europa und Deutschlands Beziehungen zu Polen abhängen. Wer nüchtern in die Zukunft zu sehen vermag, muß sich darüber klar sein, daß alles, was in Deutschland vorgeht und wovon Deutschland gegen uns befehle ist, von unserer Seite dringendes und energisches Tun fordert zwecks vernünftigen Zusammengehens aller Länder, die aus dem Ruin der Weltmächte entstanden sind, zwecks rationaler Organisation mit Europa, und dazu ist unbedingt ein Zusammenarbeiten der Völker und Länder zwischen Ostsee und Balkan notwendig durch Zusammengehen mit Jugoslawien und der Tschecho-Slowakei und im Norden gestützt auf die baltischen Staaten. Ich sage dies laut und deutlich: Die strittigen polnischen und tschechischen Fragen müssen auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit liquidiert werden. Polens Zusammengehen mit Jugoslawien würde weder Italiens noch Jugoslawiens politische Interessen stören. Ueber Rußland erklärte der Minister, daß die polnische Regierung eine absolute und ausgesprochene Friedenspolitik verfolge. Sehr energisch sprach Sedza gegen Danzig, das eine polenfeindliche Politik führe. Er warf dem Völkerbund zu große Nachgiebigkeit gegen Danzigs Anmaßungen vor. Ein weiteres Verhandeln mit Danzig erscheine nutzlos. Polen werde legale, jedoch sehr scharfe Mittel anwenden, die zweifellos in Danzig zur Ermüderung führen dürften.

Die Lage in Lausanne.

Aus Lausanne liegen noch keine neuen entscheidenden Nachrichten vor. Die Lage, wie sie sich dort gestaltet hat, ist ganz ähnlich, aber, wie sie anfangs Februar beim Scheitern der ersten Lausanner Konferenz bestanden hatte. Die ungelösten Fragen sind genau die gleichen, über die am 4. Februar die Konferenz scheiterte. Wie damals sind alle Streitpunkte bis auf die französischen Geldforderungen so gut wie geregelt. Der griechisch-türkische Konflikt in der Entschädigungsfrage ist im wesentlichen gelöst, so daß man sogar schon von griechisch-türkischen Sonderfriedensverhandlungen sprach, die wenigstens zwischen den nächstbeteiligten Ruhe schaffen sollten. Auch die Gebietsfragen sind geordnet. Sogar die so lang und heiß umstrittene Frage der Rechtsgarantien für Ausländer hat die Lösung erfahren, die am 4. Februar schon vorgeschlagen war und die von den Türken so hartnäckig verteidigte Unabhängigkeit auf rechtl. Gebiet wahr. Auch die Engländer haben ihren Vertragsteil unter Dach. Der Kampf geht noch zwischen Türken und Franzosen, und zwar wie bekannt, um die Zahlungsweise für die Zinsfische der osmanischen Schuld. Die Franzosen, die den Hauptanteil besitzen, verlangen die Zahlung in Gold, die Türken hatten Zahlung in französischen Franken vorgeschlagen. Die Türken die sich hart gegen die französische Forderung verteidigen, verweisen auf das Beispiel des deutschen Niedergangs und erklären, daß sie sich nicht durch Uebernahme von Verpflichtungen, die sie unmöglich erfüllen können, dem gleichen Schicksal aussetzen wollen wie Deutschland. Die Franzosen erwidern, daß die Türken sehr gut zahlen könnten und zahlen müßten. Und darob werden nun die ganzen Ergebnisse der Verhandlungen aus Spiel gesetzt.

Deutsches Volksoffer.

Mit dem 1. Juni trat eine Vereinhaltung des Sammelwerkes zur Unterstützung der im alt- und neubestetzten Gebiet notleidenden Volksgenossen ein. Die „Ruhrhilfe“, die ein Hilfswerk der gesamten Wirtschaft, der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, darstellt, ist mit dem 1. Juni in das Deutsche Volksoffer (Ruhr und Rhein) übergegangen. Dadurch ist sowohl die Einheitlichkeit des Sammelwerkes selbst wie auch der so dringend notwendigen Unterstützungsaktion erreicht. Alle Spenden werden künftig dem Deutschen Volksoffer zuzuführen. Die Ruhrhilfe hat bisher in weitestem Maße zur Finanzierung der Kinderfürsorge beitragen, besonders zur Unterbringung leidender Kinder aus dem besetzten Gebiet in Heimen und auf dem Lande. Daneben geschah Vieles zur Erleichterung des Lebens der Inhaftierten. Größere Summen wurden zur Unterstützung von Wohlfahrtsheimen usw. verwendet. Außerdem wurden bedeutende Beträge zur Versorgung der Arbeitslosen, Kurzarbeiter und kinderreichen Familien mit Kartoffeln verausgabt. Beim Uebergang der „Ruhrhilfe“ in das „Deutsche Volksoffer“ verbleibt ein bedeutender Fonds zur Disposition des bisherigen paritätischen Vorstandes der „Ruhrhilfe“. Dieser gegen die Geldentwertung gesicherte Fonds soll ein Rückhalt für die zu erwartende allorts größte Not im besetzten Gebiet sein und wird im gegebenen Augenblick den von den Spendern gewollten Zwecken zugeführt. Aber nach wie vor sind gemaltige Summen notwendig, um den Opfern im besetzten Gebiet beizustehen. Mehr als je müssen die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer sich bewußt sein, daß die Sammelgüter nicht abnehmen darf. Darum gebt, trotz aller bisherigen Opfer, gebt reichlich! Mit der Vereinhaltung der beiden Hilfswerke wird auch für solche Korporationen, die im Zweifel waren, ob ihre Sammlungen dem Deutschen Volksoffer oder der „Ruhrhilfe“ zuzuführen sollten, diese Frage entschieden. Es wird erwartet, daß nunmehr alle zur Hilfe für das besetzte Gebiet bestimmten Sammlungen schnellstens dem deutschen Volksoffer zugeführt werden.

Vor Schaffung einer Devisenzentrale?

Berlin, 12. Juni. Im Reichsfinanzministerium hat gestern eine Sitzung unter Leitung des Staatssekretärs Schröder stattgefunden, an der u. a. die Vertreter der Bankwelt teilgenommen haben. Die Sitzung selbst ist als vertraulich erklärt worden. Es hat sich aber, wie wir zuverlässig erfahren, um die Frage der Errichtung einer Devisenzentrale gehandelt. Ein Beschluß dürfte nach unseren Informationen über diese Frage noch nicht gefaßt worden sein. Die Beratungen sollen infolgedessen in kürzester Zeit fortgeführt werden.

Die neuen Buchdruckerlöhne.

Berlin, 9. Juni. Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Die Tarifkommission der Deutschen Buchdrucker hat mit Wirkung vom 9. Juni ab eine Erhöhung der Löhne um rund 70 Prozent beschlossen. Die Erhöhung der Druckpreise beträgt 70 Prozent.

Baden.

Der Saatenstand zu Anfang Juni 1923.

pa Nach Feststellung des statistischen Landesamts war der Mai im ersten Drittel recht warm und sonnig, um den 10. des

Monats brachte jedoch ein Temperatursturz rasche Abkühlung und die Witterung war von da ab unbeständig, regnerisch und kühl, so daß im Wachstum allgemein eine gewisse Stockung eintrat. Der im Vormonat (April) gemeldete gute Stand der Wintergetreide sowohl als auch der Sommerfrüchte hat indessen fast überall angehalten und die neueste Beurteilung erfolgte in den a'ermeltesten Fällen durch die Beobachtungen gut oder ziemlich gut. Der Winterroggen beginnt zu blühen. Im Sommergetreide (Gerste und Hafer) entwickelt sich da und dort ziemlich viel Unkraut, insbesondere Hederich und Senf. Die Kartoffeln gehen allenthalben gut auf; sie werden zum Teil schon gehäckt und gehäufelt. Die Futtergewächse (Ackerwie Biesenfutter) stehen fast durchweg schön und versprechen bezw. liefern reiche Erträge. Die Heuernte ist in manchen Gegenden schon im Gange, namentlich Kleebau ist zu einem großen Teil bereits eingebracht. Bei den Reben sind die im April in manchen Weinbaugegenden entstandenen Frostschäden nicht so stark, wie anfänglich befürchtet wurde. Der Samenanfang wird im allgemeinen als mittelmäßig bezeichnet. Die Heuwurmmotten sind bei den heißen Tagen im ersten Monatsdrittel geflogen. Die erste Bespritzung der Reben mit Kupferkalklösung hat da und dort stattgefunden.

Veranstaltung von Milchleistungsprüfungen.

pa In dem Grundplan für die staatliche Förderung der Rindviehzucht ist auch die Durchführung von Milchleistungsprüfungen in den Viehbeständen der Züchtervereinigungen vorgeesehen. In Verfolg dieses Planes ist nunmehr zunächst im Gebiete des Verbandes der oberbadischen Züchtergenossenschaften mit dieser in züchterischer und wirtschaftlicher Hinsicht gleich wichtigen Veranstaltung begonnen worden. Im Verband der oberbadischen Züchtergenossenschaften, der bekanntlich bereits in den Jahren 1909 bis 1911 in einer größeren Anzahl seiner Zuchtviehbestände eine Prüfung der Milchleistung mit günstigem Ergebnis vorgenommen hatte, ist die Fortführung dieser Leistungsprüfungen als dauernder Einrichtung bereits im Jahre 1912 beschlossen worden, hat aber wegen des Kriegsausbruchs zurückgestellt werden müssen. Nachdem nunmehr die für eine derartige Veranstaltung erforderlichen Grundlagen, insbesondere die Instandsetzung und geordnete Führung der Zuchtbücher, wiederum geschaffen sind, werden zunächst 241 eingetragene Stammzuchtställe der Prüfung auf ihre Milchleistung in der Weise unterstellt, daß monatlich zweimal die Tagesmilchmenge durch besonders aufgestellte Vertrauensmänner festgestellt und die Milch durch die landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg auf ihren Fettgehalt und ihre sonstige Beschaffenheit näher untersucht wird. Das ganze Verfahren untersteht der Ueberwachung durch die genannte Anstalt, den Zuchtinspektor und die Bezirksleiterärzte des Zuchtgebietes. Es soll nach und nach weiter ausgebaut und auf sämtliche in die Zuchtbücher eingetragene Stammzuchtställe ausgedehnt werden. Mit Hilfe der Milchleistungsprüfungen wird zunächst in den oberbadischen Zuchten eine den Grundfäden sachgemäßer Leistungszielt entsprechende Zuchtwahl ermöglicht und dadurch allmählich eine allgemeine Verbesserung der Milchleistung der Zuchtställe herbeigeführt werden. Da die Milchleistung auf die Nachzucht sich zu vererben pflegt, wird von der in Angriff genommenen züchterischen Maßnahme auch über das oberbadische Zuchtgebiet hinaus ein günstiger Einfluß auf die Milchzeugung zu erwarten sein. Bekanntlich liefert Oberbaden neben zahlreichen weiblichen Züchtlern auch den größten Teil der Zuchtfarren für die Gemeinden des Landes. Es wird den Gemeinden nunmehr in absehbarer Zeit Gelegenheit geboten sein, vorwiegend solche Farren zu erwerben, die von Kühen abstammen, deren Milchleistung geprüft und im Abstammungsnachweis verzeichnet ist, sodaß eine gewisse Gewähr für die Uebertragung der Eigenschaften guter Milchleistung durch den erworbenen Farren auf die von diesem erzeugte Nachzucht gegeben ist. Da der Farren imstande ist, im Laufe eines einzigen Jahres seine Eigenschaften auf 60 bis 80 Nachkommen zu übertragen, kann ein einzelner Farren in verhältnismäßig kurzer Zeit auf die Milchzeugung der Tiere einer ganzen Gemeinde einen vorzüglichen und nachhaltigen Einfluß ausüben. Der Veranstaltung der Milchleistungsprüfungen kommt hierdurch eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung zu. Für ihre Durchführung sind deshalb namhafte staatliche Mittel bereitgestellt worden.

Aus Nah und Fern.

z Sinsheim, 12. Juni. (Protestversammlung.) Am 11. Juni veranstaltete die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner in der Reichskrone eine Protestversammlung wegen der Sonderteuerungszulagen. Auch die Mitglieder des Badischen und Deutschen Eisenbahnerbundes waren eingeladen und sehr zahlreich vertreten. Als Hauptredner sprach Herr Gewerkschaftssekretär Veit über die Lohn- und Gehaltspolitik der Regierung, in der die geographischen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Grenzlandes Baden nicht genügend berücksichtigt wurden. Die Versammlung billigte einstimmig die Forderungen seiner Gewerkschaft: 1. Schärfste Bekämpfung des Wucher- und Schieberunwesens. 2. Wiederaufnahme der statistischen Erhebungen im früheren Umfang, um genaue Steuerungsdaten für Baden zu erhalten. 3. Gewährung der Sonderteuerzulagen für ganz Baden, dessen wirtschaftliche Verhältnisse von denen anderer Länder grundverschieden sind. 4. Revision des Ortsklassenstufensystems und Verringerung der Ortsklassenzahl für Baden. Als Vorsitzender der Beamtensorganisationen sprach Herr Dr. Blag. Einstimmig wurde auch seine Entschließung angenommen, welche die Sonderteuerungsanschläge für alle Orte des Bezirkes Sinsheim verlangt, der nach der feindlichen Besetzung der Palz Grenzverwaltungsgebiet für Mannheim und Heidelberg geworden ist, und dessen Industrie ihre Arbeiter viel besser bezahlt als der Staat. In der Diskussion wurde auffallend scharf gegen die ungeredete Verteilung der Sonderteuerzuschläge gesprochen. Der Badischen Regierung wurde der Vorwurf gemacht, daß sie die Interessen des Grenzlandes Baden in Berlin nicht wirksam genug vertrete und die Großstädte in ungerechter Weise dem Lande gegenüber bevorzuge. Allgemein herrschte die Auffassung, daß sich die badischen Regierungsvertreter gegen die Erkenntnis der Tatsache verschließen, daß sich die wirtschaftliche Lage des Bezirkes nach dem Kriege vollständig geändert hat und nicht mehr mit den Verhältnissen vor 30 Jahren verglichen werden kann. Bedauert wurde die Abwesenheit des Herrn Oberamtmanns, der in dieser Versammlung die ungeheure Erbitterung sehen und der Regierung hätte berichten können. Die Vorstände der Organisationen wurden beauftragt, alle nötigen Schritte zu unternehmen, bis das Unrecht der Sonderteuerzuschläge beseitigt ist.

* Sinsheim, 12. Juni. (300000 Mark für ein Zwanzigmarkstück.) Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 11. Juni ab bis auf weiteres zum Preise von 300000 Mark für ein Zwanzigmarkstück und von 150000 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 6000fachen Betrage des Nennwerts.

△ Kirchardt, 12. Juni. (Bürgermeisterwahl.) Die hier stattgehabte Bürgermeisterwahl verlief ergebnislos. Von 754 Wahlberechtigten hatten 198 von ihrem Wahlrechte Gebrauch gemacht, wovon Martin Benz V. 185 Stimmen auf sich vereinigte, während die restlichen Stimmen zersplittert waren.

Epsenbach, 12. Juni. (Ernennung) wurde von der Kirchenregierung Vikar Rudolf Schultheiß in Eberbach zum Pfarrer in Epsenbach.

* Helmstadt, 11. Juni. (Der Bezirksbienenzuchtverein) Neckarbischofsheim hielt gestern im Adler hier seine Generalversammlung ab, zu der die Mitglieder des weitumfassenden Bezirks zahlreich erschienen waren. Der Vorstand, Herr Hauptlehrer Kling, demonstrierte den neuen Wachsauflappapparat „Emo“, der bis jetzt das vollkommenste auf diesem Gebiete darstellt. Die Wahlen ergaben die einmütige Wiederwahl sämtlicher Vorstandsmitglieder. Der Beitrag mußte für das laufende Jahr auf 2000 Mk. festgesetzt werden, von dem an den Bad. Landesverein 1800 Mark für die Lieferung der Zeitschrift „Die Biene und ihre Zucht“ und für Haftpflichtversicherung abgeführt werden müssen. Herr Schreinermeister Maier Wollenberg hielt über das diesjährige Bienenjahr, das sich bis jetzt als ein schwarmreiches, aber honigarmes gekennzeichnet hat, einen Vortrag.

b Neckargemünd, 12. Juni. (Aus Not in den Tod.) Gestern morgen ertränkte sich infolge wirtschaftlicher Not die 72-jährige Rentnerin Katharina Schmitt in der Elsenz.

○ Heidelberg, 12. Juni. Unfälle. — Unterschlagung.) Ein zu schnell fahrender Kraftwagen erfasste einen radfahrenden Studenten und schleifte ihn etwa 20 Meter weit. Der Student erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Ferner wurde ein 12-jähriger Oberrealschüler mit seinem Fahrrad von einem Fuhrwerk von hinten angefahren. Der Schüler kam zu Fall und erlitt sehr erhebliche Verletzungen. — Auf der Handgepäckstelle des Hauptbahnhofes wurde aus Versehen einer unberechtigten Person ein Koffer ausgehändigt, in dem Damenkleider und Schmuckstücke im Wert von etwa 250 Millionen waren. Die zum Empfang des Koffers nicht berechtigte Person hat den Koffer unterschlagen.

— Heidelberg, 10. Juni. (Wucherstrafen.) Vom hiesigen Buchergericht wurde der Kaufmann Max Ledermann aus Hoffenheim wegen fahrlässiger Preistreibererei zu 800.000 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er ein papierenes Sterbekleid mit Rissen, das er im Februar 1923 gekauft hat, für 46.000 Mk. verkaufte, während der angemessene Verkaufspreis höchstens 5000 Mk. betrug.

t Eutingen bei Forzheim, 12. Juni. (Ein Alteisenjammler) hatte kürzlich eine größere Sammlung Altmaterial an eine Durlacher Metallhandlung aufgegeben. Der Preis für das Altmaterial war von dem Durlacher Empfänger vorher bezahlt worden. Als die Sendung in Durlach ankam, stellte sich heraus, daß die Säcke nicht mit Altmaterial, sondern mit Mauer- und Pflastersteinen gefüllt waren.

— Rengen, 12. Juni. (Unverständliches Verhalten.) Der Knecht des hiesigen Stadtmühlensbesizers hielt bei der französischen Kontrolle in Appenweiler sein Fuhrwerk nicht an, sondern jagte weiter. Ein französischer Soldat galoppierte dem Fuhrwerk nach, und nachdem er es eingeholt hatte, tötete er das wertvolle Pferd durch Revolvererschüsse. Der Knecht wurde verhaftet.

b Donaueschingen, 12. Juni. (Eine Diebesbande verhaftet.) Von der hiesigen Gendarmerie wurde eine lang gesuchte Einmitediebesbande festgenommen. Es handelt sich um die Eheleute Albrecht und ihren Stiefsohn und Stiefnichte Gärtners, die sich unter falschem Namen und Pässen als Architekten, Zahnärzte, Studienrats-Gehpaar und anderen Eintragungen in diesen Städten und Kurorten in Nord- und Süddeutschland in Hotels, Pensionen und Privathäusern einmieteten und dort umfangreiche Diebstähle verübten, die ihren Lebenserwerb ausmachten.

t Darmstadt, 12. Juni. (Eine Mordaffäre.) In Darmstadt wurde der 22-jährige Bankbeamte Paul Fischer, als er sich auf dem Nachhauseweg von einem Freund befand, durch einen Unbekannten ermordet. Der Mörder scheint einen Einbruch beabsichtigt gehabt zu haben, bei dem er durch Fischer anscheinend gestört wurde. Die Begleiter Fischers hielt der Mörder mit der Bemerkung zurück, er habe noch genügend Schüsse in seinem Revolver. In der Angelegenheit ist ein Arbeiter G. Kömer verhaftet worden.

Was nicht zur Tat wird, hat keinen Wert. In einer großen Gesellschaft, die zu einer festlichen Gelegenheit versammelt war, kam u. a. die Rede auch auf einen wackeren Mann,

der wenig bemittelt, von einem Unfall hart betroffen war. Die allgemeine Teilnahme wandte sich diesem Unglück zu und einige besonders Gefühlvolle konnten sich in Ausdrücken des Bedauerns nicht genug tun. Half nun das dem Mann irgendwie? Nicht im geringsten. Aber, was geschah? In der Gesellschaft befand sich ein praktischer Amerikaner, der erhob sich und klopfte an das Glas mit den Worten: „Meine Herrschaften, ich bedauere den Mann mit zwanzig Mark; womit bedauern sie ihn?“ Sprach und warf ein blankes 20-Markstück — es war in der guten alten Zeit — in einen Teller ließ ihn die Kunde gehen, und siehe da, eine stattliche Summe ergab sich, mit der dem Manne wirklich gedient war. Was nicht zur Tat wird, hat keinen Wert, sagt Hilty. Sparen wir lieber unsere gefühlvollen Worte und seien wir umso freigebiger mit hilfsbereiter, praktischer Hand.

Biehmarkt in Mannheim

am 11. Juni 1923.

Es waren aufgetrieben: 732 Stück Großvieh, davon: 95 Ochsen, 154 Fohlen, 483 Kühe und Kinder, ferner 266 Kälber, 80 Schafe, 965 Schweine.

Preise für 1/2 Kilo Lebendgewicht: Ochsen: 1. Klasse 5900—6200 Mk., 2. Klasse 5700—6000 Mk., 3. Klasse 5500—5900 Mk., 4. Klasse 5000—5300 Mk., Fohlen: 1. Klasse 5600—5800 Mk., 2. Klasse 5400—5600 Mk., 3. Klasse 4800—5000 Mk., Kühe und Kinder: 1. Klasse 5800—6200 Mk., 2. Klasse 5600—6000 Mk., 3. Klasse 5400—5600 Mk., 4. Klasse 4800—5200 Mk., 5. Klasse 4200—4500 Mk., Kälber: 5700—6600 Mk., Schafe 3200—4200 Mk., Schweine: 1. Klasse 7000—7200 Mk., 2. Klasse 6900—7100 Mk., 3. Klasse 6800—7000 Mk., 4. Klasse 6700—6900 Mk., 5. Klasse 6600—6800 Mk., 6. Klasse 6600—6800 Mk.

Marktverlauf: mit Großvieh mittelmäßig gegen Ende gedrückt, kleiner Ueberstand; mit Kübfern lebhaft geräumt; mit Schweinen mittelmäßig, kleiner Ueberstand.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Statt jeder besonderen Anzeige.
Todesanzeige.
Heute starb meine gute, treue Gattin, unsere liebe, unergiebige Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Schwester, Tante, Nichte und Cousine
Frau Bertha Weil
geb. Weil
nach langer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, im Alter von 60 Jahren.
Steinsfurt, den 12. Juni 1923.
Im Namen der tieftrauernd Hinterbliebenen:
Samuel Weil.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 14. Juni morgens 11 Uhr vom Trauerhaus aus statt.

Meine Sprechstunden habe ich verlegt auf
Vorm. 11—1 Uhr, Nachm. 2 1/2—5 1/2 Uhr.
Dr. med. Hanns Fischer
Facharzt für Haut- und Harnleiden
Heidelberg, Bergheimerstr. 3 ll.

Sin Käufer für:
Blaufleehheu
Rotfleehheu
Wiesenheu
zu den höchsten Tagespreisen.
Josef Michel, Sinsheim
Hauptstraße 203. **Telefon 68.**

BREMEN

AMERIKA
OSTASIEN
AUSTRALIEN
Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung für Reisende aller Klassen.
Reisegepäck-Versicherung
Nähere Auskunft durch
NORDDEUTSCHER LLOYD
BREMEN
Sinsheim: Gg. Eiermann Wtw. in Neckarbischofsheim: Max Jesselsohn, Hauptstr. 4.

Fuhre.
Welcher Fuhrmann, der von Heidelberg leer zurückfährt, würde eine Ladung von 30 Zentnern nach Sinsheim mitnehmen. Gefl. Adressen unter Nr. 479 an den Landboten.

Eine gut erhaltene
Bettlade mit Koff
zu verkaufen. Zu erfragen unter Nr. 480 beim Landboten.

beseitigt radikal
Kopfläuse „Haarelement“. Reinigt und erfrischt vorzüglich die Kopfhaut. Entfernt die lästigen Schuppen.
Zu haben bei:
A. Engel, Engel-Drogerie.

Schönheit
verleiht ein rosiges, jugendliches Antlitz und ein reiner zarter Teint. Alles dies erzeugt die echte
Stechenpferd-Seife
die beste Lilienmilchseife.
Ferner macht „Dada-Cream“ rote und spröde Haut weiß und sammeltweich. Zu haben in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.
Apoth. Dr. C. Kieffer, Engel-Drog. A. Engel, Wilh. Geiß, Seifensieder.

Restverkauf.
Die noch vorhandenen
Sommerhüte
werden zu den alten billigen Preisen abgegeben.
Elsa Faul, Heidelberg, Sofienstr. 13.
Gesundes Blut!
frisches Aussehen, allgemeines Wohlbefinden, verschafft eine Kur mit Dr. Bufiles echt Wachholder-Extrakt! Die wohlthuende Wirkung d. Wachhold.-Extraktes ist seit altersher bekannt und geschätzt. Zu haben bei:
A. Engel, Engel-Drogerie.


Dreschmaschinen
stationär und fahrbar für 1 1/2, 2 und 3 PS. Motore, mit doppelter Reinigung, 4 fache Sortierung, mit Elevatoren für Sackabfüllung, mit und ohne Entgraner, erstklassige, bewährte Fabrikate. Grosses Lager, feste Preise.

Sämaschinen
Schrotmühlen
Grasmäher
Futterschneidmaschinen
Milchseparatoren
Obst- u. Weinpressen
Hydr- und Spindelpressen
Obst- und Traubenmühlen empfiehlt
Maschinenbauanstalt
J. Dieffenbacher Söhne
Eppingen (Baden).
Telefon 29 und 30.
Lager aller landw. Maschinen und Geräte.


Rechnungsformulare empfiehlt
G. Becker'sche Buchdruckerei.

Gut getrocknetes
Blaufleehheu — Rotfleehheu
Esparfette- und Wiesenheu
kauft zu den höchsten Preisen
Albert Ledermann
Telefon 49. **vis-à-vis Vereinsbank.**
Die Ware kann jeden Tag Freitagsgasse 276 angeliefert werden.


vernichtet verblüffend
Goldnift
doppeltstark, geruchlos, in Apotheken u. Drogerien

Niederl.: Dr. R. Kieffer, Apotheke.
Frachtbrieife empfiehlt die
G. Becker'sche Buchdruckerei.

Hausbacköfen
Sie zweifeln noch, Sie können es nicht fassen, daß unser Hausbackofen das sein soll was Sie suchen! **Und doch ist er es!** Denn alle die in der glücklichen Lage sind ihn zu besitzen, geben recht gerne Zeugnis von der Güte, Einfachheit und Leistungsfähigkeit.
Aussprüche der Besitzer:
„Ich geb ihn nicht mehr her.“
„Ein Ideal Backofen.“
„Nicht für vieles Geld geb ich ihn wieder.“
„Meine Frau ist überglücklich.“
„Er ist unser Hausglück geworden.“
„Man sollte es nicht glauben, daß nur mit so wenig Holz gebacken werden kann.“
Ja! Man sollte es nicht glauben, daß Sie solange noch zweifeln. Fordern Sie sofort Zeugnisse, Prospekte und Preise.
Gebr. Kirsch, Meckesheim.

Max Meyer, Bankgeschäft, Heilbronn
Gegründet 1886.
Filiale Sinsheim a. E.
Bahnhofstraße.
Ich zahle für Spareinlagen laut Beschluß der Heilbronner Bankenvereinigung:
12 0/0 bei täglicher Rückzahlung
16 0/0 auf 2 Monate fest
16 1/2 0/0 „ 3 „ „
17 0/0 „ 6 „ „
12 0/0 auf Contis in laufender Rechnung.